



## **Das Bild der Musikschule in der Öffentlichkeit - das Bild der Öffentlichkeit in der Musikschule**

Referent: Dr. Joachim Kreutzkam, Bad Harzburg/Weimar

AG 29, Samstag, 24. April 1999

### **Vorbemerkung:**

Musikschulen können die Qualität ihrer Arbeit nur dann sichern, wenn die Öffentlichkeit mitspielt. Die Öffentlichkeit spielt dann mit, wenn sie für die Qualität der Musikschulleistungen zu zahlen bereit ist – und zwar im doppelten Sinne: direkt über Gebühren oder Entgelte der interessierten Schüler bzw. Eltern, indirekt über die Steuern aller – unabhängig von deren persönlichen Verhältnissen.

Die Politik hat ihr Mandat vom Souverän, von den Bürgern. Sie reagiert deshalb auf ihre Wünsche, die in der Öffentlichkeit konsensfähig sein müssen, um einen oberen Platz auf der entsprechenden Prioritäten-skala politischen Handelns zu erreichen.

Existenzsicherung nur immer wieder bei der vermeintlich verantwortungslosen Politik einzuklagen wird nicht dadurch plausibler, daß man Klageschriften verfaßt. Selbstanklage wäre da schon der geeignetere Weg. Am geeignetsten aber ist konstruktive Einflußnahme auf die Öffentlichkeit.

Zwischen der langfristigen Entwicklung der Musikschule und ihre Wahrnehmung im kommunalen und regionalen Umfeld besteht eine dynamische Wechselwirkung. Wenn die Musikschule ihr Bild in der Öffentlichkeit positiv beeinflussen will, muß sie selbst sich über ihr Bild von der Öffentlichkeit und über die Rolle der Öffentlichkeit für die Entwicklung der Musikschule im klaren sein.

Die Bedeutung der Öffentlichkeit für die Musikschule wird in Musikschulen wie in der Hochschulausbildung der Musikschullehrer(innen) bisher kaum thematisiert.

Was ist konkret zu tun?

Diese Frage soll die Behandlung und Diskussion der folgenden zehn Thesen beantworten.

### **ZEHN THESEN**

#### **Erste These:**

**Der – für die Gesellschaft überlebenswichtige – reflektierte und verbindliche Konsens in den Grundfragen menschlicher Existenz wird in einer werthepluralistischen und in erster Linie auf individuelle Autonomie bedachten Welt zu einem immer knapperen Gut.**

Nach über 300 Jahren Aufklärung, Autonomie- und Emanzipationsbewegung, Demokratisierung, Individualisierung der Lebensstile und Pluralisierung der Lebensformen haben die herkömmlichen konsensbildenden und Orientierung vermittelnden Instanzen in der Gesellschaft ihren – früher durchaus notwendigen – Einfluß verloren. Zu diesen Instanzen gehören die Kirchen ebenso wie heute die Gewerkschaften, die Arbeitgeberverbände und die politischen Parteien. Ihr immer wieder aufflackernder Versuch, an ihre ursprüngliche Macht anzuknüpfen, kann und – so ist zu hoffen – wird auch nicht mehr gelingen. Sie erscheinen heute schon eher wie anpassungsunfähige soziale Dinosaurier. Ihre Mitglieder wehren sich allerdings noch mehrheitlich, diese Einsicht zuzulassen.

Ich habe nichts gegen diese Großgruppen in der Gesellschaft, solange sie in der Lage sind, sich den neuen Gegebenheiten, den neuen Rahmenbedingungen anzupassen. Sie müssen erkennen lernen, daß die Menschen heute nicht mehr bereit sind, ihre mühselig gewonnene Autonomie dem korporatistischen Diktat zu opfern, das noch immer viel zu mächtig die politischen Strukturen in unserem Lande überlagert, hemmt und zuweilen lähmt.

Andererseits sind Konsensbildungen als Orientierungsleistungen in der Gesellschaft unverzichtbar. Für alle gemeinsam zu lösenden Aufgaben benötigen wir sie dringender als je zuvor. Wir benötigen sie, wenn wir uns gemeinsam und erfolgreich den bedrängenden Fragen der Arbeitslosigkeit, der Friedlosigkeit in der Welt, der sozialen Sicherheit, der Gewalt und der erkennbaren Schwäche des Bildungssystems in der öffentlichen Wahrnehmung nähern wollen.

Mit der letzteren Herausforderung wollen wir uns im folgenden befassen – mit dem Bildungssystem und seiner geringen Wertschätzung in der Öffentlichkeit.

Bildung ist in unserer Gesellschaft noch immer ein Randthema. Daran haben auch die Reden des ehemaligen Bundespräsidenten und die marktschreierischen Erklärungen fast aller Parteien zur Förderung der Bildung nichts ändern können.

Bildung ist aber eine Grundfrage menschlicher Existenz. Bildung ist der Motor menschlicher – individueller wie sozialer – Entwicklung. Das Recht auf Bildung ist vor allem ein Recht auf ein den Menschen gemäßes Umfeld, in dem er alle seine Potentiale entwickeln kann, die ihrerseits Voraussetzung dafür sind, daß wir auch an die anderen Grundfragen erfolgreich herangehen können.

Die Wertschätzung des Bildungssystems in der Öffentlichkeit ist Prämisse für eine entsprechende Bildungspolitik. Die Politik ist in der Regel nicht besser als die Menschen, die sie beeinflussen. Daraus folgt: Der gesellschaftliche Grundkonsens wird sich vor allem auf ein Bildungssystem konzentrieren müssen, in dem der *ganze* Mensch Entwicklung erfahren kann – mit seiner kognitiven Neugier, seinem ästhetischen Empfinden und seinem moralischen Wertbewußtsein.

**Zweite These:**

**In einer aufgeklärten und freiheitlich-demokratischen Gesellschaft kann keine individuelle, korporative oder gesellschaftliche Autorität allein von sich beanspruchen, den Stein des Weisen gefunden zu haben.**

Wenn es eine Erkenntnis gibt, die als Erbe aus der gesellschaftlichen Entwicklung der westlichen Welt in den letzten 300 Jahren angesehen werden kann, so ist dies die Einsicht, daß es keine Orientierungsinstanz mehr geben kann und darf, die von sich behauptet, eine Lösung für die vielfältigen komplexen gesellschaftlichen Herausforderungen zu haben. Um es noch einmal zu wiederholen: keine Kirche, keine Gewerkschaft, keinen Verband, keine Partei, keine sonstige Gruppierung!

Alle diese Instanzen werden nur überleben, wenn es ihnen gelingt, ihr soziales Dinosaurium samt allen unerträglichen sklerotischen Verzerrungen und Bürokratien abzuschütteln und sich am Prozeß gemeinsamer demokratischer Konsensbildung zu beteiligen. Es wird spannend werden, den Prozeß durchaus schmerzhafter Mutationen in diesen Großgruppen, denen viele von uns angehören, in Zukunft zu beobachten.

Ich sage nicht, daß wir diese Großgruppen nicht mehr benötigen. Ich behaupte nur, daß sie ihre Zielsetzungen neu bestimmen und dabei endlich zur Kenntnis nehmen müssen, was sich in den vergangenen Jahrhunderten in der gesellschaftlichen Entwicklung abgespielt hat.

**Dritte These:**

**Der Ort verantwortlicher gesellschaftlicher Konsensbildungsprozesse ist die Kultur als Ganzes, als gesellschaftliches Subsystem – Kultur hier verstanden als Inbegriff gesellschaftlicher Orientierungsinstanzen, zu denen Religion, Wissenschaft, Kunst, Bildung und Medien gehören.**

Wenn ein gesellschaftlicher Konsens nicht mehr durch dogmatische Vorgaben einer bestimmten Orientierungsinstanz zustande kommen soll und kann, dann bedarf es neuer Formen der gesellschaftlichen Organisation von Orientierungsleistungen. Unter Orientierungsleistungen verstehe ich hier vor allem jene

Angebote, die unseren Bedürfnissen nach Wissen, nach ästhetischem Empfinden und nach moralischem Urteil entsprechen. Orientierungen kommen nicht nur aus den Natur- und Ingenieurwissenschaften. Was nicht dagegen spricht, daß sich eine Reihe von Natur- und Ingenieurwissenschaftlern schon immer – und heute vermehrt – um ganzheitliche Orientierungsleistungen für die Gesellschaft bemüht haben. Nur begegnet man hier vermehrt auch jenen Gurus, die glauben, ihre naturwissenschaftliche Problemlöse-einstellung auch auf soziale Phänomene übertragen und mit spezialistischen und einseitigen Patentlösungen für die Gesellschaft aufwarten zu können.

Die gesellschaftlichen Herausforderungen sind viel zu komplex und viel zu dynamisch, als daß wir sie dem herkömmlichen Wissenschaftssystem überlassen können und dürfen. Um mit Komplexität und Dynamik in der Gesellschaft umgehen zu können, bedarf es auch moralischer und ästhetischer Orientierungsleistungen, wie wir sie – ganz undogmatisch – aus dem Religions- und Kunstsystem erwarten können müssen. Bildung als Transfersystem für Orientierung kann nicht nur wissenschaftliche Bildung heißen. Wir verhindern wesentliche gesellschaftliche, korporative und individuelle Entwicklungen, wenn wir die Wertigkeiten in der Öffentlichkeit nicht bald verändern können.

Gesellschaftlicher Konsens ist eine – prozessuale und nie abgeschlossene – Kulturleistung. Kultur ist der Inbegriff für Orientierung des Menschen. Das Kultursystem – so verstanden – umfaßt alle (kulturellen) Institutionen, insoweit sie mit der Produktion, Vermittlung, Reflexion und Förderung von religiös-moralischen, wissenschaftlichen und ästhetisch-künstlerischen Orientierungen befaßt sind.

Das gesellschaftliche Subsystem Kultur unterscheidet sich insofern vom Subsystem Wirtschaft, als sich im Wirtschaftssystem primär alle (wirtschaftlichen) Institutionen wiederfinden, die unsere Wohlstandsbedürfnisse befriedigen. Und dem Politiksystem gehören primär und vordringlich alle jene Institutionen an, die unsere Sicherheitsbedürfnisse berücksichtigen. Insofern ist Kulturpolitik primär ein Teil des Kultursystems.

**Vierte These:**

**Verglichen mit den beiden integrativen gesellschaftlichen Systemen Wirtschaft und Politik bietet die Kultur einen Anblick der Zersplitterung. Im Unterschied zum deplorablen Zustand der Kultur dominiert die Wirtschaft als starke und einheitlich auftretende Wohlstandsmissionarin die öffentliche Meinung. Der Denkstil des ökonomistischen Individualismus durchdringt alle Konsensbildungsprozesse in der Gesellschaft.**

Man hat oft darauf hingewiesen, daß Kultur heute keine Lobby hat. Das liegt vor allem an den zersplittert und ohne öffentlichen Druck operierenden Verbänden und an ihrer nicht selten fehlenden professionellen Arbeit. Daß wir einen Deutschen Kulturrat haben, ist kein Einwand. Im Kulturrat sind nur alle jene Verbände vereint, die sich im weitesten Sinne auf die Produktion, Vermittlung, Reflexion und Förderung der Künste konzentrieren. Kultur meint hier in erster Linie ästhetisch-künstlerische Orientierung der Gesellschaft. Das Wissenschafts- sowie das Religionssystem fallen als zentrale Orientierungsinstanzen heraus. Das kann langfristig nicht gut gehen.

In dem Maße, wie sich die vier Systeme Wissenschaft (Forschung), Kunst, Religion und Bildung in Zukunft als Einheit verstehen und einheitlich auftraten – unter welchem Begriff auch immer –, werden wir den Weg zu gesellschaftlichen Konsensbildungsprozessen finden, mit denen wir den großen Herausforderungen begegnen können. Daß sich die genannten Systeme darauf noch entsprechend vorbereiten müssen, sei hier nur am Rande erwähnt. Noch sind nur wenige Ansätze zu erkennen. Das gilt auch und gerade für Kunst und künstlerische Bildung und Vermittlung.

**Fünfte These:**

**Kunst und künstlerisch-ästhetische Bildung und Vermittlung – allen voran die Musik, vor allem das Musizieren und die Musikschulen – befinden sich als Teil der Kultur nach wie vor mit dieser am Rande der Gesellschaft. Bildung ist noch immer nicht das „Megathema“ in der Gesellschaft. Und innerhalb der Bildung befindet sich die ästhetisch-künstlerische Bildung – gegenüber der rational-wissenschaftlichen und der moralisch-religiösen – nochmals in einer Randposition. Man kann deshalb von einer „doppelten gesellschaftlichen Randlage“ der Musikschulen sprechen.**

Kein Ereignis kann diese These besser belegen als die erste Bildungsrede von Roman Herzog im Spätherbst 1997, als er von der Bildung als zukünftigem „Megathema“ sprach, das auf den Titelseiten der Zeitungen zu finden sein müsse.

Man wird dem Altbundespräsidenten nicht absprechen wollen, daß er sich mit den hier geäußerten Gedanken zur Orientierungsfunktion von Kultur in der Gesellschaft identifizieren würde, wenn man ihn darauf anspräche. Aber daß er (sein Ghostwriter?) in dieser Rede nur die wissenschaftliche und die moralisch-religiöse Bildung angesprochen und die ästhetisch-künstlerische schlicht vergessen hat, hängt mit der öffentlichen Bewertung dieses Teils des Bildungssystems zusammen.

Aber auch die miserable Behandlung des Faches Musik und Musizieren in den allgemeinbildenden Schulen beweist die These nachdrücklich. Als ob wir kein gut begründetes Wissen darüber hätten, wie wichtig ästhetische Bildung für die Entwicklung von Kindern ist! Es müßte – habe ich an anderer Stelle einmal gesagt – ein Aufschrei von Millionen von Eltern in die Ohren der Politiker dringen, so daß sie nicht anders könnten, als die Förderung vieler – von uns Bürgern geduldeten – Absurditäten zugunsten der Förderung von Bildung insgesamt und von ästhetischer Bildung insbesondere aufzugeben. Jede Gesellschaft bekommt eben die Politik, die sie verdient. Wann werden wir als Bürger lernen, uns schon dann zu wehren, wenn die mittleren Katastrophen noch nicht eingetreten sind?

**Sechste These:**

**Die Musikschule muß sich aus Überlebensgründen aus dieser doppelten gesellschaftlichen Randlage befreien und im Vergleich zu Wirtschaft und Politik an Ansehen und Einfluß gewinnen. Sie kann aber als einzelne in der Regel nur wenig bewirken, wenn es darum geht, den erforderlichen geistigen Standortwechsel in der Öffentlichkeit von der Peripherie in das Zentrum der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit in absehbarer Zeit zu vollziehen.**

Eine einzelne Musikschule wird kaum in der Lage sein, jene gesellschaftlichen Kräfte zu mobilisieren, die erforderlich sind, um einen allgemeinen Meinungswandel in der Öffentlichkeit zu bewirken. Die unüberschaubaren lokalen, regionalen, nationalen und internationalen Vernetzungen in der Gesellschaft machen dies nahezu unmöglich.

Wir benötigen dafür neue bürgerliche Initiativen demokratischer Politikberatung, die Wirkungen in der Öffentlichkeit hinterlassen und für eine zunehmende Qualität in der öffentlichen Meinungsbildung sorgen. Die gesellschaftlichen Herausforderungen sind so wichtig und zugleich so komplex, daß wir sie nicht mehr den bisherigen politischen Beratungssystemen überlassen können, zumal diese Beratungssysteme gerade von jenen sozialen Dinosauriern gelenkt werden, denen im Moment wenig zukunftsfähige Kraft zuzutrauen ist.

Was also können Musikschulen in dieser Situation leisten?

**Siebte These:**

**Um die doppelte Befreiung aus der gesellschaftlichen Randlage zu vollziehen, sollte sich die Musikschule – jede Musikschule – zunächst mit anderen Musikschulen und kulturellen Einrichtungen zu einer „kulturellen Kraft“ – einer „force culturelle“ – regional zusammenschließen. Gemeinsam mit diesen Einrichtungen sollte sie die öffentliche Meinung einer ganzen Region allmählich und systematisch für sich und die neue Aufgabe der Kultur als einheitlicher gesellschaftlicher Orientierungsinstanz zu gewinnen suchen.**

Bildung einer „kulturellen Kraft“ bedeutet in diesem Zusammenhang soviel wie ein erster Schritt auf dem Weg zu einem starken Kultursystem – zunächst in der Region, dann aber auch in der Vernetzung mit anderen Regionen in größeren politischen Einheiten.

Insofern muß sich auch in der Formulierung der Unternehmenskultur einer Musikschule etwas ändern. Wenn sich die Befassung mit der Unternehmenskultur nämlich auf langfristige Entwicklungen, und das heißt vor allem auf existenzsichernde Maßnahmen richtet, dann ist das nicht mehr nur eine Frage des Marktes, sondern vor allem auch eine Frage der „Menschenverträglichkeit“ unseres institutionellen Tuns. Wenn wir in Musikschulen nämlich Leistungen anbieten, die in den Augen der Öffentlichkeit am Rande

der gesellschaftlichen Interessen angesiedelt sind, dann muß damit gerechnet werden, daß die erforderliche solidarische Förderung des Anbieters solcher Leistungen durch das Gemeinwesen irgendwann nicht mehr gewährleistet ist. Dies aber wäre mit den Erfordernissen menschlicher Entwicklung nicht zu vereinbaren. Es wäre widersinnig.

Insofern ist die Musikschule gehalten, sich auch intensiv mit ihrer gesellschafts-, kultur- und bildungspolitischen Rolle zu befassen, über diese ihre Rolle extern und intern intensiv zu kommunizieren und dafür eine Art „Kommunikationsabteilung/-referat“ aufzubauen, das der Leitung zugeordnet ist.

Ein in jüngster Zeit im Umfeld des Verbandes deutscher Musikschulen öfter erwähnter „contrat culturel“ wäre als Ausdruck einer gewandelten öffentlichen Meinung mithin auch das Ergebnis der gemeinsamen Bemühungen der Musikschulen und der übrigen kulturellen Einrichtungen einer Region, die sich vorher in einer „force culturelle“ zusammengefunden haben sollten. Oder wie sonst soll ein „contrat culturel“ zustande kommen?

Nicht zu vergessen ist in den Bemühungen um einen Einstellungswandel in der öffentlichen Bewertung von Musikschulen – bzw. von Bildung und Kultur generell – die Unterstützung durch die Elternvertretungen. Hier soll im Kontext der öffentlich geförderten Musikschulen ein Konzept umgesetzt werden, das der Professionalisierung der Arbeit der Elternvertretungen und gleichzeitig der Förderung von „kulturellen Allianzen“ in der jeweiligen Region dienen soll (s. Referat in der Arbeitsgruppe 21).

**Achte These:**

**Allianzen von Musikschulen mit anderen Kulturinstitutionen einer Region zielen einerseits auf die Erfüllung gemeinsamer kulturpolitischer und kulturpädagogischer Aufgaben und andererseits auf die Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Sinne gesellschaftlicher Konsensbildungsprozesse in allen Bereichen der Gesellschaft.**

Diese These drückt noch einmal in aller Kürze das aus, was in der Behandlung der vorausgehenden These schon angedeutet wird: In Zukunft wird es darauf ankommen, neben der künstlerischen und der kulturpädagogischen Aufgabe vor allem auch die kulturpolitische Aufgabe der Musikschulen und der kulturellen Allianzen – beispielsweise in Form einer Kommunikationsabteilung – professionell zu übernehmen.

Das kann man natürlich nicht allein aus eigener Kraft bewerkstelligen. Dazu bedarf es der Hilfestellung aus dem Wissenschaftssystem, das ja selbst Teil des Kultursystems ist. Allerdings ist auch das Wissenschaftssystem für eine solche Aufgabenstellung nicht hinreichend gerüstet. Aber es entstehen hier gerade neue Strukturen, die dem Aufbau transdisziplinärer Forschung, die mit komplexen Fragestellungen umgehen kann, dienen sollen – neben der weiterhin wichtigen disziplinären und interdisziplinären Arbeit in den Universitäten und Forschungslabors.

Damit wird auch die Aussage der nächsten These plausibel.

**Neunte These:**

**Das gemeinsame Auftraten von Musikschulen und anderer Kulturinstitutionen einer Region – in der Regel unter der Führung der Musikschulen – wird in dem Maße erfolgreich sein, wie es den Beteiligten gelingt, auf entsprechende Wissens- und Bildungsangebote aus dem Bereich der fachübergreifenden (transdisziplinären) wissenschaftlichen Forschung zur pädagogischen, künstlerisch-ästhetischen und gesellschaftspolitischen Relevanz von Kultur – insbesondere von Musik – einzugehen und die Ergebnisse dieser Forschung gleichermaßen in ihre Institutionen und in die Öffentlichkeit zu vermitteln.**

Den genannten Kommunikationsabteilungen in den kulturellen Institutionen wird über die Hochschulen – zunächst über die Musikhochschule in Weimar (Studiengang Kulturmanagement) – der Zugang zu den Stätten einschlägiger transdisziplinärer Forschung eröffnet, so daß die Abteilungen sich bestens informieren können.

Den Zugang zu den Hochschulen sollen kommunale Büros („Bildungsbüros“) herstellen.

Fazit:

**Zehnte These:**

Die Musikschulen als integrativ wirkende kultur- und bildungspolitische Zentren können sich in Zukunft bei ihren Bemühungen um die Beeinflussung der öffentlichen Meinung mit dem Ziel einer öffentlichen Höherbewertung von Kultur und Bildung allgemein und von Musikschule im besonderen von Leistungen unterstützen lassen, wie sie beispielsweise im Rahmen des Studiengangs Kulturmanagement der Hochschule für Musik FRANZ LISZT Weimar entwickelt und Schritt für Schritt allen Musikschulen und deren kulturellem Umfeld angeboten werden sollen.